

Bürgerinitiative ist enttäuscht: Energieversorger Avacon stellt Zusage zur Erdverkabelung infrage

110-kV-Leitung soll entgegen der 2020 vereinbarten Lösung als Freileitung durch die Gemeinde Huy führen – Bürgerinitiative fordert Aufklärung, Verbindlichkeit und Rückkehr an den Verhandlungstisch

Die Bürgerinitiative zeigt sich tief enttäuscht über die bekannt gewordenen Pläne, die geplante 110-kV-Leitung zwischen Wasserleben und Dingelstedt nun doch als Freileitung durch die Gemeinde Huy zu führen. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu der Verständigung, die im Jahr 2020 mit dem örtlichen Energieversorger Avacon, insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Marten Bunnemann erzielt worden war. Damals war als Kompromiss vorgesehen, die Leitung nicht als Freileitung, sondern als Erdkabel umzusetzen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich auf diese Verständigung verlassen. Sie war ein wesentlicher Bestandteil der damaligen Kompromissfindung und die Grundlage für die Erwartung, dass die gemeinsam erarbeitete Lösung Bestand haben würde. Umso schwerer wiegt es, wenn nun – mehrere Jahre später – eine grundlegend andere Umsetzung im Raum steht.

„Wer mit den Bürgerinnen und Bürgern einen Kompromiss erzielt, muss sich an den damit verbundenen Zusagen messen lassen. Vertrauen entsteht durch Verlässlichkeit – und es wird beschädigt, wenn eine gemeinsam erarbeitete Lösung nach Jahren plötzlich infrage steht“, erklärt die Sprecherin der Bürgerinitiative.

Ein Kompromiss darf nicht einfach zur Makulatur werden

Für die Bürgerinitiative geht es um die Lebensqualität vor Ort, den Betrieb des Flugplatzes in Dingelstedt, den Erhalt der Natur, sowie den weiteren Ausbau des Tourismus. Nach den aktuellen Äußerungen der Avacon stehen viele neue Fragen im Fokus: Wie steht es um die Transparenz, um den respektvollen Umgang mit den Menschen vor Ort und um die Glaubwürdigkeit von Beteiligungs- und Verständigungsprozessen.

Gerade in der aktuellen politischen Situation halten wir die Frage welchen Wert ein gemeinsam erarbeiteter Kompromiss mit einem großen regionalen Energieversorger hat, für sehr relevant. Das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse, in öffentliche Institutionen und in Verlässlichkeit von Zusagen ist keine Selbstverständlichkeit. Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und gemeinsam gefundene Lösungen nicht ohne nachvollziehbare Erklärung infrage gestellt werden. Wenn Menschen den Eindruck gewinnen, dass ihre Beteiligung letztlich folgenlos bleibt und gegebene Zusagen nicht zählen, schadet das diesem Vertrauen weit über den konkreten Einzelfall hinaus.

Sollte sich die Planung tatsächlich von der 2020 vereinbarten Erdverkabelung entfernen, muss der Energieversorger erklären, welche Gründe dafür ausschlaggebend sind, wann diese Änderung beschlossen wurde und wie die Beteiligten darüber informiert wurden.

Eine solche Entscheidung darf nicht allein mit pauschalen Hinweisen auf technische oder wirtschaftliche Erwägungen begründet werden. Die Menschen in unserer Gemeinde haben Anspruch auf eine nachvollziehbare Darstellung der Fakten und auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Folgen der geänderten Planung.

Unsere Forderungen an den Energieversorger

Die Bürgerinitiative fordert den Energieversorger auf,

1. **die Abweichung von der 2020 vereinbarten Lösung umfassend offenzulegen** und schriftlich zu erläutern, aus welchen Gründen die Erdverkabelung offenbar nicht mehr vorgesehen ist;
2. **sämtliche maßgeblichen Entscheidungsgrundlagen offenzulegen**, insbesondere die technischen, wirtschaftlichen und planerischen Gründe für den Wechsel zur Freileitung,
3. **die Erdverkabelung erneut ernsthaft zu prüfen** und nachvollziehbar darzulegen, ob und unter welchen Voraussetzungen die ursprünglich vorgesehene Lösung weiterhin umgesetzt werden kann;
4. **zeitnah das Gespräch mit der Bürgerinitiative und den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern zu suchen**, um die offenen Fragen gemeinsam zu klären und tragfähige Lösungen auszuloten;

Wir erwarten Antworten statt vollendeter Tatsachen

Die Bürgerinitiative ist sich bewusst, dass Infrastrukturprojekte wie die Konzeption und Umsetzung des Harzrings komplexe technische, wirtschaftliche und rechtliche Fragen aufwerfen können. Gerade deshalb erwarten wir eine offene Kommunikation und eine sachliche Begründung für mögliche Änderungen. Sollte es neue Rahmenbedingungen geben, müssen diese nachvollziehbar erläutert werden. Sie dürfen nicht einfach dazu führen, dass die Interessen und berechtigten Erwartungen der betroffenen Bevölkerung in den Hintergrund treten.

Dabei geht es uns ausdrücklich nicht darum, notwendige Infrastruktur pauschal zu verhindern. Es geht darum, dass die Umsetzung eines solchen Vorhabens verantwortungsvoll erfolgt und die im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelte Lösung nicht ohne überzeugende Begründung aufgegeben wird.

Die Bürgerinitiative bleibt dran

Die Bürgerinitiative wird die weitere Entwicklung aufmerksam begleiten und sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner angemessen berücksichtigt werden. Sie erwartet vom Energieversorger eine zeitnahe schriftliche Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen sowie einen konkreten Vorschlag für das weitere Vorgehen.

Die 2020 erzielte Verständigung muss dabei der Ausgangspunkt der weiteren Gespräche sein. Unser Ziel bleibt eine sachgerechte, nachvollziehbare und für die betroffene Bevölkerung akzeptable Lösung.

Vertrauen ist keine Einbahnstraße. Wer es gewinnen und erhalten will, muss zu seinen Zusagen stehen – oder überzeugend erklären, warum er davon abweichen will.

Pressekontakt:

Bürgerinitiative „Freie Sicht auf Huy und Bruch“

Sprecher/in: Heiko Bode, Dirk Spangenberg, Claudia Christ-Steckhan und Thomas Steckhan

c/o Magdalenenhof am Huywald

Alte Kirchstraße 161

38838 Dingelstedt am Huy

kontakt@freie-sicht-auf-huy-und-bruch.de